

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile
80 Pf., Kleinspaltige 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37530, Fernsprecher: Dönhoff 292 bis 297

Der polnische Terror

Deutschland ruft den Völkerbund an

Untergang in der Elbemündung

Hamburger Dampfer gestrandet — 30 Opfer

Der ungeheure Terror gegen die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien wird vermutlich die Jannartagung des Völkerbundes beschäftigen. Nach Artikel 72 der Genfer Minderheitenkonvention können die Völkerbundstaaten die Aufmerksamkeit des Rates auf Verletzungen des Internationalen Minderheitenschutzvertrages hinlenken. Die deutsche Reichsregierung erwägt einen derartigen Schritt, sie wird nach Eintreffen des genauen amtlichen Materials über die Vorgänge in Ostoberschlesien sich darüber schlüssig machen.

Der deutsche Generalkonsul in Kattowitz, zugleich deutscher Staatsvertreter beim Völkerbundkommissar für Ostoberschlesien, hat vom Auswärtigen Amt den Auftrag erhalten, an Ort und Stelle genaues Material zu sammeln und der Reichsregierung sofort darüber zu berichten. Wenn eine solche Beschwerde an das Sekretariat des Völkerbundes gerichtet wird, gibt dieses den Ratsmitgliedern umgehend davon Kenntnis, und es wird auch das Material zur Begründung der Beschwerde an diesen Regierungen übermittelt.

Abtransport aus Brest-Litowsk.

Prozess im Dezember. — Anklage vorenthalten.

Warschau, 24. November. (Eigenbericht.)
Offiziell wird bekanntgegeben, daß die verhafteten Oppositionsführer aus dem verurteilten Brest-Litowsker Gefängnis in der Nacht zum Sonntag in andere Strafanstalten Polens übergeführt worden sind. Die Sozialisten Dr. Pragier und Mastel, der frühere Minister Dr. Kiernik werden gegen Kaution von je 10 000 Zloty freigelassen. Der größte Teil der übrigen Parlamentarier, darunter die Sozialisten Dr. Liebermann, Barlicki und andere, sind in das Gefängnis von Grojec, einer kleinen Stadt bei Warschau gebracht worden. Ueber ihr weiteres Schicksal wird strengstes Stillschweigen gewahrt. Wie die Regierungspresse versichert, soll der Prozess gegen alle verhafteten Parlamentarier im Dezember beginnen. Bis jetzt wissen die Verhafteten aber selbst noch immer nicht, wessen sie beschuldigt sind.

Senat paßt zum Sejm.

Warschau, 24. November. (Eigenbericht.)
Nach den bisher vorliegenden Meldungen ergibt sich folgende Verteilung der Mandate im polnischen Senat: der Regierungsblock hat 72 Mandate (13 von der Staatsliste) erzielt, somit 24 Mandate gewonnen, denn im letzten Senat verfügte er nur über 48 Sitze. Die Zentrumsliste (Sozialisten und linker Sejm) hat jetzt 15 Mandate gegen 25 im vorigen Senat, die Nationaldemokraten 12 (9), die Christlichen Demokraten 2 (6), der Deutsche Wahlblock 2 (5, davon war 1 Mandat von der Staatsliste, was diesmal wegsfiel), die Zionisten 1 (6), der Ukrainisch-Weißrussische Block 6 (13). Somit hat der Regierungsblock auch im Senat die absolute Mehrheit erlangt, was hauptsächlich auf Kosten der Minderheiten erfolgt ist, die 15 Mandate verloren haben.

Galonder läßt sich von Gracynski verspotten.

Der Präsident der gemischten Kommission Galonder intervenierte auf Ersuchen des Deutschen Volksbundes beim Wojewoden Gracynski wegen den Flugblätter des Aufständischenverbandes, welche die sogenannte ostideutsche Woche ankündigten, ferner wegen der Wahlterrorakte. Nach dem Bericht des „Kurier Wlady" soll der Wojewode dem Präsidenten erklärt haben, daß die Flugblätter sich nicht gegen die Gesamtheit der deutschen Minderheit richten, sondern lediglich gegen eine ihrer politischen Parteien. Der Kampf mit den Flugblättern spiele sich ebenfalls zwischen polnischen politischen Parteien ab. Wenn es in einzelnen Fällen zu Terrorakten gekommen sei, so liege das an der großen Aufgereiztheit der Gemüter, weil die polnische Arbeiterheit fast täglich von Ueberfällen auf

Hamburg, 24. November.
Der Hamburger 3500-Tonnen-Dampfer „Louise Leonhard“, der der Reederei Leonhard u. Blumberg gehört, ist am Sonntagabend bei schweren Nordweststürmen auf dem großen Vogelstrand in der Elb-

mündung gestrandet und auseinandergebrochen. Nach den bisherigen Meldungen ist von der 30köpfigen Besatzung niemand geborgen worden.

Cuxhaven, 24. November.

Der Dampfer, der der Reederei Leonhard u. Blumberg-Hamburg gehört, erlitt infolge des schweren Sturmes bei dem Feuerschiff „Elbe 17“ Ruder Schaden. Wie die Reederei Leonhard u. Blumberg dazu mitteilt, nimmt man an, daß der Dampfer bei dem großen Vogelstrand auseinandergebrochen und untergegangen ist. Von der 30 Mann starken Besatzung fehlt jede Spur, so daß leider anzunehmen ist, daß sie den Tod in den Wellen gefunden hat. Führer des Dampfers, der am Sonntagabend früh den Hamburger Hafen verlassen hatte, war Kapitän Karl Höjmann. Das 364 Bruttoregistertonnen große Schiff wurde 1921 erbaut. Der von Cuxhaven heute nach zur Hilfeleistung abgegangene Bergungsdampfer sowie auch ein Cuxhavener Rettungsboot haben bis zur Stunde auf ausgesandte Funken keine Antwort erhalten und bisher auch keinerlei Spuren gefunden. Die Suche nach dem Dampfer wird noch fortgesetzt.

Drohung



„Stech holen wir unsern Bruder, den Kozj, der brüllt noch viel lauter und hat Holz an die Pantinen!“

Polen in der Presse höre. Die Sicherheitsbehörden tolerieren die Gewaltakte nicht und intervenieren sofort, wenn ein derartiger Fall vorkommt, damit die Ruhe und Sicherheit garantiert sei. Die Sicherheitsbehörden hätten eine Anzahl von solchen Verfügungen erlassen, während Abschriften an Präsident Galonder überreicht wurden.

Wahlergebnis und Todesopfer.

Kattowitz, 23. November.
Aus den Ergebnissen aus Kattowitz und Königshütte ist zu entnehmen, daß sich die Verschiedenheit der Wahllistennummern der Deutschen Wahlgemeinschaft für Sejm und Senat verhängnisvoll ausgewirkt hat. Die äußerst zahlreichen Wechselungen haben einen außerordentlichen Stimmenverlust zur Folge, da die Zahl der falschen Stimmzettel sehr groß ist. Als in einem Kattowitzer Wahllokal der deutsche Vertrauensmann darauf aufmerksam machte, daß der Vorsteher zusammen mit einem Postkisten an Hand der Wahllisten verschiedene Notizen machte, veranlaßte der Vorsteher den Postkisten, den Vertrauensmann aus dem Wahllokal zu entfernen. In Bielefeld drangen nachmittags acht bis zehn uniformierte Aufständische in sämtliche Wahllokale ein, um die deutschen Vertrauensleute zu entfernen. Wer das Wahllokal nicht freiwillig verließ, wurde verprügelt.
Die Postkisten standen dabei, ohne einzuschreiten.

In Liping wurde ein Hüttenmeister schon seit vier Tagen in den Abendstunden belästigt. Am Sonnabend unternahm kurz vor Mitternacht etwa 80-90 Aufständische einen Generalangriff gegen seine Wohnung. Nachdem zunächst die Fenstertüren mit

Litwinow plötzlich zurückgereist.

Was geht in Rußland vor?

Genf, 24. November.

Der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow, der die Sowjetregierung bisher auf der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz vertreten hat, ist heute vormittag unerwartet nach Moskau abgereist.
Ueber die Gründe dieser plötzlichen Abreise werden von sowjetrussischer Seite keinerlei Mitteilungen gemacht. In Kreisen des Abrüstungsausschusses hat jedoch die Abreise Litwinows allgemeines Erstaunen erregt, da die entscheidenden Fragen des Abrüstungsabkommens in den nächsten Tagen zur Verhandlung gelangen werden. Daher wird die Abreise Litwinows mit der gegenwärtigen Lage in Moskau in Zusammenhang gebracht.

Regelsteinen beworfen worden waren, wodurch 28 Scheiben in Trümmer gingen, und eine zweite Mitteilung die Haustür betraf, gab der Bedrängte Schreckschüsse ab. Dies veranlaßte schließlich die Aufständischen, von ihrem Vorhaben abzusehen. Sie gaben auf der Polizeiwache an, daß sie von dem Hüttenmeister beschossen worden seien, als sie ruhig ihres Weges an seinem Hause vorbeigekommen seien.

Infolge der Einschüchterung der Bevölkerung auf dem Lande saßen diesmal die Wahlergebnisse außerordentlich schleppend ein. Aus den gegen 1.45 Uhr früh vorliegenden Ergebnissen geht hervor, daß die deutschen Stimmen in der Wojewodschaft Schlesien durch die Verweigerung der Wahlberechtigung infolge Anzweifelung der polnischen Staatsangehörigkeit bei Tausenden von Deutschen und durch Verwechslung der Stimmzettel bei den Senats- und Sejmwahlen an Zahl eingebüßt haben. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind in der Nacht zum Sonntag und am Montag

sechs Tote als Opfer des Wahlterrors zu verzeichnen.

Die Zahl der Streichungen von Minderheitsangehörigen aus den Wahllisten wird unter Zugrundelegung der von der polnischen Presse gemachten Angaben auf mindestens 15 000 bis 20 000 geschätzt. Daß der Wahlterror sich diesmal noch viel schlimmer ausgewirkt hat als bei den Wahlen am vergangenen Sonntag, erhellt aus dem bedeutenden Rückgang der Stimmen überhaupt, wobei allerdings auch beachtet werden muß, daß die Streichungen aus den Listen für die Warschauer Sejmwahlen nicht in dem Umfang vorgenommen wurden wie bei den Wahlen zum Schlesiensejm.

